











## 1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
<b>Koalition</b> (CDU, CSU, SPD)	Die Bundesregierung plant anscheinend eine <b>neue Regulierung von Inhaltsstoffen</b> . Das BMEL wird wohl dafür den Verordnungsweg nehmen. Inwieweit dies über den bereits bekannte Änderungsverordnungs-Entwurf hinausgeht, ist noch unklar. Neben einzelnen Bundestagsabgeordneten bilden die Bundesländer eine Option zur Interessenwahrnehmung. Denn die Bundesregierung <b>bleibt bislang bei ihrem Kurs</b> für eine strikte Regulierung. Zumindest in der Fraktionsspitze der Union regt sich aber <b>etwas Kritik</b> an der weiten Regulierung.	
<b>Opposition</b> (B90/Die Grünen, Die Linke)	Die Opposition engagiert sich zwar für eine Lockerung der Cannabispolitik, überträgt diesen Ansatz der Harm Reduction (besser weiche Droge im kontrollierten Umlauf, als unkontrollierte Harte) aber bislang nicht auf die E-Zigarette.	
<b>Bundesrat, Bundesländer</b>	Der Bundesrat wird sich mit dem ÄndG TabakerzG befassen. Bislang hat die Länderkammer <b>keine Position dazu</b> erkennen lassen. Ob und inwieweit sich die Länder bereit sind für Änderungen einzutreten. Es bleibt die Möglichkeit, dass der Bundesrat seiner Vorgehensweise treu bleibt und der <b>Regierung letztendlich – ggf. mit Detailänderungswünschen – folgt</b> .	
<b>Verwaltung</b>	Die Verwaltung belässt es derzeit bei ihrer Linie für eine enge Regulierung von Tabak- und E-Zigarette. Die Ministerien können sich durch strikte Regulierungen in anderen Staaten bestätigt fühlen. Die uneinheitliche Regelung in Europa kann dazu führen, dass sich die Staaten auf eine Verschärfung einigen, um einen gemeinsamen Standard zu erhalten.	
<b>Fachcommunity</b>	In der Fachcommunity werden im Beobachtungszeitraum Stimmen für und gegen die E-Zigarette laut. <b>Insgesamt dominiert das skeptische Lager etwas den Diskurs</b> . Inwieweit die in den letzten 2 Wochen in einigen Leitmedien dokumentierte Kritische Haltung gegenüber der Regulierung der E-Zigarette Wirkung zeigt, bleibt abzuwarten.	
<b>Legende</b> Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.	 Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral  Negativ  Sehr negativ (Krise)	

## 2. Meldungen

### 2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 18.05.2016

**Meldung:** Das Bundeslandwirtschaftsministerium plant weitere Regulierungen zu Tabak und E-Zigarette. Laut einem Schreiben will das BMEL Änderungen nach seinen Ermächtigungen nach §5 Abs. 2 Nr.3 [TabakerzG](#) und nach §13 Abs.2 Nr.1 TabakerzG vornehmen. In §13 wird das BMEL in Absprache mit anderen Ressorts ermächtigt, bzgl. **E-Zigaretten**... „[...] die **Verwendung bestimmter Inhaltsstoffe** allgemein oder für bestimmte Zwecke sowie die Anwendung bestimmter Verfahren beim Herstellen oder Behandeln **zu verbieten oder zu beschränken** [...]“

Das Ministerium deutet an, dass es dabei über die bestehenden Regelungen der Anlagen 1 (verbotene Zusatzstoffe in Tabakerzeugnissen) und 2 (verbotene Inhaltsstoffe in E-Zigaretten und Nachfüllbehältern) der TabakerzV ggf. hinausgehen will, d.h. es könnten weitere Stoffe reguliert werden.

**Einordnung/Empfehlung:** Damit kündigt sich eine weitere Regulierung zu Inhaltsstoffen an. Es muss mit einer Verordnung zu rechnen, mit der das BMEL seine Ermächtigung umsetzt. Dies schränkt die Einflussmöglichkeiten ein: a) die Ressorts sind sich aktuell einig über die Regulierung der E-Zigarette, a) das Bundeswirtschaftsministerium sowie Wirtschaftspolitiker der Bundestagsfraktionen können sich derzeit kaum durchsetzen. Laut §13 Abs.2 TabakerzG bedarf es der Zustimmung des Bundesrates. Damit ist die Landesebene eine Option, Brancheinteressen wahrzunehmen. Dafür empfehlen wir die Information und Aktivierung von Standortländern und z.B. dortigen Wirtschaftspolitikern bzw. Standortabgeordneten. Hier ist es aufgrund der limitierten Ressourcen ratsam, sich im Hintergrund mit den anderen Akteuren (v.a. Tabak- und Werbeindustrie) abzustimmen, die Rollen und Schwerpunkte zu verteilen.

Wir empfehlen, frühzeitig Kontakte im Bundestag zu aktivieren und auch über eigene Kanäle im BMEL die Lage zu sondieren. Wichtig ist, dass bei einer Anhörung die Branche gehört wird und auf der politischen Ebene der Ressorts Verständnis für eine ausgewogene Regelung entsteht. Beachten: Über-Lobbying ist zu vermeiden. Daher ist eine Absprache mit anderen Verbänden und Unternehmen – auch der Tabakbranche – wichtig.

**Quelle:** BMEL-Schreiben

## 2.2. Bundestag

**Datum:** 07.05.2016

**Meldung:** Burkhard Blienert (SPD, MdB), drogenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, setzt sich für eine Lockerung der Cannabispolitik ein. Er verweist auf dem Arbeitskreis Drogenpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, demzufolge eine Liberalisierung in einem kontrollierten Markt mehr Chance mit sich bringe als Risiken sowie auf die weniger strikte Handhabung in EU-Staaten wie den Niederlanden, Portugal oder in Übersee. Bisherige Verbote hätten zu keinem Konsumrückgang geführt.

Einen ersten Schritt der Liberalisierung hat die Bundesregierung nun umgesetzt: Das [Kabinett](#) verabschiedete einen Gesetzesentwurf, der den geregelten Anbau von medizinischem Cannabis erlaubt. Das BfArM soll als staatliche Cannabis-Agentur dienen. Die [Regierung](#) lehnt eine generelle Freigabe ab und zögert vor weiteren Schritten. Der Entwurf muss noch vom Bundestag verabschiedet werden.

**Einordnung/Empfehlung:** Blienerts Äußerungen passen zum Harm Reduction-Ansatz (Analogie: besser Cannabis kontrolliert ermöglichen als härtere Drogen dem Vorschub geben → E-Zigarette als risikoärmere Nikotinquelle ggü. Tabak stützen). Zudem muss sich die SPD – und mit ihr die Grünen und Linke, die Ähnliches fordern – fragen lassen, warum sie eine in der Fachwelt kontrovers diskutierte Droge liberaler behandeln wollen als z.B. die E-Zigarette, obwohl Experten die E-Zigarette als risikoärmeres Mittel zum Tabakstopp befürworten. Wir empfehlen Abgeordnete auf diese Inkonsistenz hinzuweisen. Jedoch sind Blienerts Verweise unvollständig: So haben die Niederlande die Cannabisabgabe nun aufgrund einer wachsenden Kriminalität reglementiert.

**Quelle:** [huffingtonpost.de](http://huffingtonpost.de) , [drogenbeauftragte.de](http://drogenbeauftragte.de)

### **2.3. Bundesrat und Bundesländer**

**Datum:** Juni 2016

**Meldung:** Der Bundesrat befasst sich mit dem [ÄndG TabakerzG](#). Zuständig sind die Ausschüsse für Agrar- und Verbraucherschutz, Gesundheit, Familie und Jugend sowie der Wirtschaftsausschuss. Der Gesetzesentwurf enthält unter anderem:

- Gleichstellung von nikotinhaltigen und nikotinlosen E-Zigaretten und Nachfüllbehältern. Das führt z.B. zu Informationspflichten auch für nikotinlose Produkte nach der am 02.05.2016 publizierten ([BGBL Teil I, Nr. 20, 02.05.2016](#)) und am 20.05.2016 in Kraft tretenden TabakerzV (z.B. §24; S.15 [Drs.229/16](#)).
- Außenwerbeverbot für E-Zigaretten
- Auflagen für E-Zigarettenwerbung (z.B. im Geschäft)
- Kinowerbung nur bei Ü18-Filmen
- Kostenlose Ausgabe nur im Geschäften des Fachhandels
- Regelungen für den grenzüberschreitenden Fernhandel mit nikotinlosen E-Zigaretten

Das Regelungsvorhaben enthält laut [Normenkontrollrat Regelungen, die über EUTPD2 hinausgehen](#) (sog. „Goldplating“). Der Normenkontrollrat weist ausdrücklich auf das Goldplating hin, was dem im Koalitionsvertrag erklärten Willen der Bundesregierung zuwiderläuft. Der Nationale Normenkontrollrat fordert das Ressort deshalb dazu auf, auf eine EU-weit einheitliche Ebene hinzuwirken. Der Hinweis ist für die Bundesregierung nicht bindend. Der Normenkontrollrat nennt die Informationspflicht zu nikotinfreien E-Zigaretten als Beispiel und benennt auch geschätzte Kosten für die Wirtschaft (S.22f. [Drs. 229/16](#)).

Die Bundesregierung stellt in der Begründung fest: „Elektronische Zigaretten haben sich vor allem für die jüngere Generation zu einem Lifestyle-Produkt entwickelt.“ (S.13 [Drs 229/16](#)). Sie begründet die Regeln u.a. mit Jugend- und Verbraucherschutz und dem Gateway Effekt.

Derzeitiger Zeitplan (Änderungen vorbehalten)

- Befassung der Bundesratsausschüsse: 30.05.2016
- Befassung im Bundesratsplenum: 17.06.2016 (Verabschiedung und anschließende Überweisung an den Bundestag durch die Regierung möglich)
- Erste Lesung im Bundestag: 8.07.2016 oder 15.07.2016 (Überweisung in die Ausschüsse)
- Ggf. Anhörung durch Bundesministerien oder Bundestag: 19.09.2016
- Möglicherweise anschließende Befassung der Bundestagsausschüsse: 21.09.2016

Derweil hat sich Volker Kauder, Vorsitzender der Unions-Fraktion im Bundestag, auf dem Frühlingsempfang der Jungen Union kritisch gegenüber dem geplanten Werbeverbot geäußert: „Ich bin gegen eine Politik, die ständig bevormundet“. Er könne allerdings nichts versprechen.

**Einordnung/Empfehlung:** Wir empfehlen, die Kontakte in der Unions-Fraktion sowie Ministerialverwaltung zu nutzen, um einen Experten für die geplante Anhörung zu platzieren. Seitens der Tabakwirtschaft gab es erste Signale, der mittelständischen E-Zigarettenbranche

hier den Vortritt zu lassen. Die Tabakbranche wird derzeit sehr skeptisch in der Politik beobachtet. Dabei wäre auch über eine Alternative zu Prof. Bernd Mayer (Universität Graz) nachzudenken: a) ist bereits durch Anhörung 2015 bekannt, b) ein neuer Experte wäre für andere geladene Fachleute wie Pötschke-Langer ein Unsicherheitsfaktor, auf den sie sich neu einstellen müssten.

Kauders Äußerung darf nicht zu stark gewichtet werden: In letzter Zeit sind immer wieder Spitzen Kauders gegen die Bundesregierung zu hören gewesen. Kauder muss aufgrund der Unruhe in der Fraktion sowie zwischen CDU und CSU eine Klammer bilden und gibt den Unions-Abgeordneten damit auch ein Gefühl der Eigenständigkeit, welches sie in letzter Zeit vermissten. Zudem hat es Kauder immer vermieden, sich der Kabinettsdisziplin zu unterwerfen und sich nicht in die Regierungsarbeit einbinden zu lassen. Kauders Spitze ist symbolischer Natur, die aktuell noch nicht mit einer ausreichenden Mehrheit in der Fraktion unterfüttert ist, um das Werbeverbot tatsächlich zu gefährden. Beispiel: Kauder hat sich öffentlich gegen die Förderung von Elektro-Autos gestellt, ob er mit der Fraktion diese verhindert wäre ein Hinweis für das Sperrpotenzial beim Werbeverbot.

Der Verweis des Normenkontrollrates lässt sich bei Stakeholdergesprächen nutzen – die Wahrscheinlichkeit einer Rücknahme von Regeln ist bei diesem Regulierungsschritt aufgrund der starken Stellung der Nikotingegner aber unwahrscheinlich. Insbesondere Wirtschaftspolitiker können dadurch aktiviert werden. Bereits jetzt kann daran gearbeitet werden, künftige Regulierungen mit Verweis auf die aktuellen Schritte zu vermeiden bzw. abzudämpfen. Die Aufforderung an die Regierung bzgl. eines EU-einheitlichen Regelstandards birgt das Risiko, dass sich die EU-Staaten auf eine striktere Umsetzung einigen. Wir empfehlen auf EU-, Bundes- und Landesebene Stakeholder zu sensibilisieren und aktivieren. Dazu bleibt die Absprache mit anderen Verbänden bzw. multinational tätigen Unternehmen nötig.

Es handelt sich um ein sogenanntes Zustimmungsgesetz: Ein Nein des Bundesrates zu einem solchen Gesetz kann vom Bundestag nicht überstimmt werden. Nur im Vermittlungsausschuss können Bundesrat und Bundestag dann noch zu einer einvernehmlichen Lösung kommen. Diese Neuformulierung muss dann erneut vom Bundestag verabschiedet werden und die Zustimmung des Bundesrates finden. Das Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

**Quelle:** Hintergrundgespräche; siehe Text und Termine in Abschnitt 3.

### 2.4. Europa, EU und EU-Staaten

**Datum:** 17.05.2016

**Meldung:** Tabakunternehmen sollen sich Berichten zufolge die EU-Kommission für ein rascheres Handeln einsetzen. Bislang sollen 8 EU-Staaten die Umsetzung von EUTPD2 bei der EU-Kommission notifiziert haben. Imperial zählt mehr Umsetzungen als die EU: 13, inklusive Belgien, Bulgarien, Deutschland, Estland, Lettland, Litauen und Schweden. In Großbritannien, Irland, Frankreich und Spanien laufen Gesetzesprozesse. Griechenland soll das einzige EU-Land ohne offiziellen Gesetzesentwurf sein. Laut Medien hinkt die EU-Verwaltung hinter den eigenen internen Zeitplänen hinterher, z.B. bei der Erstellung der [Liste zu untersagten Inhaltsstoffen](#); dagegen ist die [technische Regel zu Nachfüllbehältern](#) fertig.

**Einordnung/Empfehlung:** Mit ihrem Plädoyer auf EU-Ebene für eine zeitnahe Implementierung schieben die Tabakunternehmen die Schuld für Verzögerungen der EU zu. Doppeltes

Spiel: Auf Landesebene betonen die Konzerne mehr Zeit für die Umsetzung zu benötigen – das kann erneute Kritik seitens der Politik erzeugen, die auch die E-Zigarette treffen kann.

Der uneinheitliche Status der Umsetzung birgt zwar die Gelegenheit, den Regulierer zu einem Abwarten mit neuen Regelungen zu bewegen. Jedoch auch die Möglichkeit, dass sich die EU-Staaten (nachträglich) auf striktere Regulierungen einigen. Dies würde im Nachhinein einen gemeinsamen Standard zuungunsten der E-Zigarette erwirken.

**Quelle:** [politico.eu](http://politico.eu)

**Datum:** 13.05.2016

**Meldung:** Das Luxemburger Parlament wird sich mit zwei Petitionen zum Rauchverbot befassen. Ein Petent fordert die Reform des Tabak-Gesetzes. Besitzern von Gaststätten sollen ihm zufolge selbst zu entscheiden, ob in ihren Lokalen geraucht werden darf. Ein anderer wünscht die Ausweitung der Rauchverbote auf Haltestellen des ÖPNV. Aktuell arbeitet die Regierung an einer Gesetzesnovelle, die u.a. ein Rauchverbot in Autos beinhaltet, wenn Minderjährige zugegen sind. Es soll am 15.07.2016 im Staatsrat (Kabinet) beraten werden.

**Einordnung/Empfehlung:** Die Debatte zeigt, dass trotz breiter Regeln zum Nichtraucher-schutz in Europa das Issue weiter Bedeutung hat. Solche Debatten können nach Deutschland „überschwappen“. Mit dem Einsatz für den Nichtraucher-schutz können Politiker Handlungslücken in anderen Bereichen kaschieren und Durchsetzungsvermögen suggerieren.

**Quelle:** [tageblatt.lu](http://tageblatt.lu) , [wort.lu](http://wort.lu)

**Datum:** 17.05.2016, 10.05.2016

**Meldung:** EUTD2 und deren Auswirkungen auf die E-Zigarette wurden im House of Lords kontrovers diskutiert. Einige Abgeordnete bezichtigten die Pharmaindustrie Einfluss zuungunsten der E-Zigarette genommen zu haben. Jedoch wurden die Aussagen a) nicht so unterfüttert, um medial wirksam zu werden; b) keine Handlungsschritte abgeleitet. Andererseits sprach ein Lord die Möglichkeit an, dass strikte Regulierung zu einem E-Zigaretten-schwarzmarkt führe könne. Daneben kamen Forderungen auf Inhaler der Pharmawirtschaft genauso zu behandeln wie die E-Zigarette.

Derweil verzögert die langwierige Regierungsbildung in [Irland](#) die Umsetzung der EUTPD2 und gerät auch der [Zeitplan](#) zur Einführung von Plain Packs in Verzug.

**Einordnung/Empfehlung:** Die Debatte kann als Hintergrundinformation für Stakeholdergespräche dienen – insbesondere in Verbindung mit [Christoph Behrens](#) Artikel (siehe Abschnitt 2.7). Großbritannien weist aufgrund der restriktiven Tabakpolitik einen großen Tabak-schwarzmarkt auf – die Befürchtungen sind daher nicht aus der Luft gegriffen. Dieser Sachverhalt kann sich rasch auf Deutschland und Europa ausdehnen: Die Tätergruppen verfügen bereits über die nötige Infrastruktur. Wir empfehlen, bei ersten Anzeichen Fachpolitiker anzusprechen und Expertenstatus aufzubauen. Damit hat PMI sich bei Tabak einen optionalen Kommunikationsweg geschaffen. Solange keine erhärtendes Material über die Aktivitäten der Pharmawirtschaft besteht, empfehlen wir, dass Issue ggü. Stakeholdern nicht proaktiv anzusprechen. Dieser Debatteninhalt kann aber durchaus mit Journalisten beredet werden.

Das Oberhaus hat nur die Möglichkeit eines „aufschiebenden Vetos“ von maximal 12 Monaten; es kann keine Gesetze voll verhindern. Ein Eingreifen hätte jedoch symbolischen Charakter, der sich auch in Deutschland kommunikativ nutzen ließe.

**Quelle:** [hansard.digiminster.com](http://hansard.digiminster.com) , [www.theregister.co.uk](http://www.theregister.co.uk) , [velvetgloveironfist.blogspot.de](http://velvetgloveironfist.blogspot.de)

**Datum:** 05.05.2016

**Meldung:** Die Umstrittene Umsetzung der EUTPD2 tritt zum 20.05.2016 in Österreich in Kraft. Während (einzelne) Branchenvertreter die Produktregulierung mit Sicht auf den Konsumentenschutz begrüßen, kritisieren das Onlinehandel-Verbot. Vertreter geben sich optimistisch, dass das Verbot gekippt werde. Interessensvereinigungen stünden diesbezüglich schon in den Startlöchern. Bis es so weit ist, könnten nach Einschätzung aus dem Handel sechs bis acht Monate vergehen.

**Einordnung/Empfehlung:** Ein Kippen des Onlinehandels-Verbots wäre ein Signal an die anderen EU-Staaten, weitere Schritte hin zu einer strikten Regulierung zu überdenken. Auch in [Slowenien](#) ist ein Onlinehandel-Verbot im Gespräch. Wir empfehlen in Deutschland wie im Ausland weiter auf eins zu eins-Umsetzungen zu plädieren. Auch hier: Umso mehr EU-Staaten nationale Verschärfungen umsetzen, desto höher das Risiko, dass sich die EU-Länder letztlich auf einen schärferen Regelstandard im Zuge der Marktangleichung einigen.

**Quelle:** [kurier.at](http://kurier.at)

### 2.5. Fachcommunity

**Datum:** 16.05.2016

**Meldung:** Laut Forschern der Universität Durham nutzen 28% der Heranwachsenden die E-Zigarette zum Tabakstopp (ähnlich eine neue [australische Studie](#)). Die Mehrheit begründet den Konsum mit der Vielzahl an Geschmacksrichtungen und Umgang mit Zigaretten (Tricks). Studienleiterin Prof. Measham zufolge etabliert sich die E-Zigarette als vom Tabak unabhängiges Phänomen: “Adults are bogged down by the similarities between smoking and vaping where as **young people see them as different activities** and do not associate vaping with the idea of a being a smoker or non-smoker.“ Die Autoren konnten keine Steigerung der Attraktivität der Tabakzigarette durch den E-Zigarettenkonsum feststellen. Heranwachsende würde Tabak im Vergleich als risikoreicher einstufen. **Hinweis:** Die seit längerem angekündigten Veröffentlichungen der Studien der Frankfurt University of Applied Sciences (Prof. Stöver) und der Universitätsklinik Eppendorf (Prof. Reimer) verzögern sich bis voraussichtlich September 2016.

**Einordnung/Empfehlung:** Die die Ergebnisse sprechen eher für die E-Zigarette: Eher Zweifel Gateway Effekt. Jedoch können Gegner an ihr Forderungen nach einer Beschränkung der Geschmacksrichtungen ableiten – insbesondere da Fachleute die schädliche Wirkung von Nikotin bei Heranwachsenden betonen. Jedoch hebt Measham hervor, dass die Nutzung weniger mit dem Nikotinkonsum verbunden sei als mit der Handlung an sich, dem Status und dem sozialen Umfeld. Somit besteht ein von den Inhaltsstoffen unabhängiger zusätzlicher Kaufanreiz, der sich nicht regulieren lässt. Die abwägende Studie eignet sie sich als Beleg bei Stakeholdergesprächen.

**Quelle:** [dur.ac.uk](http://dur.ac.uk) , [tandfonline.com](http://tandfonline.com) (Studie), [theguardian.com](http://theguardian.com) , eigene Recherche

**Datum:** 10.05.2016, 09.05.2016

**Meldung:** Die neuseeländische Professorin für Public Health Marewa Glover (Massey University) spricht sich gegen eine zu starke Beschränkung von Rauchern/Dampfern in der Öffentlichkeit aus. Glover wertet derzeit eine **Umfrage zum E-Zigarettenkonsum** aus. Ersten Ergebnissen zufolge **konsumiert die Mehrheit zur Tabakentwöhnung bzw. als -ersatz**. Ansätze, die Konsumenten ausschließen und stigmatisierten, würden eher das Gegenteil erzeugen, als den Konsum zurückdrängen, so Glover.

Zeitgleich verlautbarten US-Forscher, E-Zigaretten würden sich nicht zum Tabakstopp eignen. Der Mehrzahl der Raucher sei mit dem Genussgefühl der E-Zigarette unzufrieden. Sie schienen demnach nur begrenzt tauglich für die Tabakentwöhnung, so das Autorenfazit.

**Einordnung/Empfehlung:** Neuseeland und Australien gelten als Vorreiter ein strikten Anti-Tabakpolitik. Glovers Erkenntnisse deuten auf die Grenzen von strikten Vorgehensweisen hin und können auch in Gesprächen mit deutschen/europäischen Politikern verwedet werden. Das wird auch an anderen Stellen deutlich, z.B. [steigende OK](#). Zudem deuten ihre ersten Befragungsergebnisse auf den Nutzen der E-Zigarette beim Tabakstopp hin.

**Quelle:** [stuff.co.nz](#) , [ntr.oxfordjournals.org](#) (NZ Studie), [scinexx.de](#) , [eurekalert.org](#)

**Datum:** 07.05.2016, 05.05.2016

**Meldung:** Die US-Lebensmittel- und Arzneiaufsicht FDA reguliert E-Zigaretten neu: Der Verkauf an Jugendliche unter 18 Jahren wird verboten. Hersteller müssen Warnhinweise auf Packungen anbringen, dass E-Zigaretten süchtig machendes Nikotin enthalten. Das Verkaufsverbot soll im August 2016 in Kraft treten, für die anderen Regelungen gilt eine Übergangsfrist. Die FDA begründet den Schritt mit dem wachsenden E-Zigarettenkonsum durch junge Menschen und den befürchteten Gateway Effekt.

Zudem führt die FDA ein Zulassungsverfahren ein, welches auf Produkte bis 15.02.2017 zurückwirkt. Die FDA kann sich durch [Erhebungen](#) über rasant wachsenden Anstieg von Gesundheitsvorfällen bei Kindern durch E-Zigaretten, Zuspruch von Tabakexperten aus [Stanford](#) und die [Universität Buffalo](#) bestätigt fühlen, die u.a. die Einführung von Routinebefragungen zum E-Zigaretten-konsum bei Praxisbesuchen von Heranwachsenden verlangen.

**Einordnung/Empfehlung:** Die FDA-Regelung hat Strahlkraft über die USA hinaus. Neben den einzelnen (strikten) Regeln der Bundesstaaten setzt nun die FDA die erste bundesweite Regulierung fest. [Sie setzt damit die E-Zigarette faktisch Tabak gleich](#). Die Vorgehensweise bildet einen Gegenpol zu der von E-Zigarettenfreund oft zitierten britischen Vorgehensweise. Während in Großbritannien erste Lockerungen erkennbar werden (siehe z.B. Report 20, 19) verfolgen andere Referenzstaaten einen Trend der Verschärfung von Regeln. Die Vorgehensweise der FDA ist jedoch nicht unumstritten – dies ist bei Gesprächen mit Politikern hervorzuheben (Beispiele [1](#), [2](#), [3](#), [4](#)).

**Quelle:** [fda.gov](#) , [swp.de](#) , [abcnews.go.com](#)

**Datum:** 06.05.2016

**Meldung:** Forscher der Universität Bristol um [Prof. Marcus Munafò](#) haben anhand Tests an menschlichen Herzzellen herausgefunden, dass die E-Zigarette weniger Schädigungspoten-

zial aufweist als Tabak. „This result suggests tobacco smokers may be able to reduce immediate tobacco-related harm by switching from conventional cigarettes to e-cigarettes.“, so Munafò. Die Forscher schließen jedoch Schädigungen durch Dampf nicht vollends aus.

**Einordnung/Empfehlung:** Die Studie eignet sich, analog zu den Artikeln auf der BfTG-Homepage, Aussagen des DKFZ und anderen Kritikern mit validen Fakten zu hinterfragen. Der [vd-eh](#) hat die Studie jüngst auf seiner Homepage aufgegriffen.

**Quelle:** [drugandalcoholdependence.com](http://drugandalcoholdependence.com) (Studie), [medicalnewstoday.com](http://medicalnewstoday.com) , [bristolpost.co.uk](http://bristolpost.co.uk)

### 2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

**Datum:** 16.05.2016, 06.05.2016

**Meldung:** Anlässlich der Umsetzung von EUTPD2 thematisieren Medien die Einführung von Bildwarnhinweisen (PHW). Zu Wort kommt u.a. Martina Pötschke-Langer vom DKFZ, die die Wirksamkeit von PHWs betont. Auch die Leiterin der Landestelle für Suchtfragen Sachsen-Anhalt, Helga Meeßen-Hühne, begrüßt PHWs. Sie hebt ebenso den Jugendschutz hervor.

**Einordnung/Empfehlung:** Expertenstatements geben Politikern Rückenwind, z.B. für die Ausdehnung auf die E-Zigarette (Abschnitt 2.7). Befürworter bringen unterschiedlichste Studien zur PHW-Wirksamkeit an, verschweigen aber, dass es erhärtende Hinweise auf eine Absenkung des Tabakkonsums durch (parallele) Steueranhebungen gibt ([Beispiel](#)). Lehre aus dem Tabaklobbying: Trotz Skepsis bei manchen Journalisten werden die Schwächen der PHW-Bewertung kaum öffentlich thematisiert. Ähnlich ist es mit Studien zu E-Zigaretten: Wir empfehlen daher weiterhin aufgeschlossene Journalisten/Multiplikatoren wie [Tanja Walter](#), [Christoph Behrens](#), der jüngst in der Süddeutschen eine Experten-/Pharmakritischen Artikel zur E-Zigarette publizierte, oder [Udo Pollmer](#) anzusprechen.

**Quelle:** [mdr.de](http://mdr.de) , [stuttgarter-nachrichten.de](http://stuttgarter-nachrichten.de)

**Datum:** 11.05.2016

**Meldung:** Der Ärztliche Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit e.V. hat sich gegen Günther Jauchs Auftritt als Moderator beim [Reemtsma Liberty Award 2016](#) beschwert. Das Schreiben an Jauch wurde zudem veröffentlicht und an weitere tabakkritische NGOs verteilt.

**Einordnung/Empfehlung:** Bereits in der Vergangenheit haben NGOs die Teilhabe von Prominenten mit deutlichen Worten kritisiert. Die Kritik hat bislang nicht zu einer signifikanten Abnahme der Besuche bei Veranstaltungen von und mit der Tabakbranche geführt. Jedoch weitet die Kritik das negative Grundrauschen mit derlei Maßnahmen – im Vergleich zu Demonstrationen vor den Veranstaltungsorten – auf das direkte Umfeld der Betroffenen aus.

**Quelle:** [aerztlicher-arbeitskreis.de](http://aerztlicher-arbeitskreis.de)

### 2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

**Datum:** 10.05.2016

**Meldung:** Seitdem das französische Tochterunternehmen von [Imperial](#) will gegen das von Frankreich geplante Plain Pack klagen. Dies wäre ab dem 01.01.2017 verpflichtend (siehe Report Nr. 18). JTI, welches derzeit seine [E-Zigarette Curve](#) in Österreich vorstellte, hat



schon zuvor eine Klage angekündigt. Auch Ungarn, Slowenien, Irland, UK und Belgien wollen Einheitsverpackungen.

**Einordnung/Empfehlung:** Großbritannien will die Einheitsverpackung bereits in diesem Monat einführen. Plain Packs können langfristig Auswirkung auf die E-Zigarette haben: a) durch den Trend der Gleichsetzung können im ersten Schritt größere Warnhinweise mit Fotos und im Zweiten Plain Packs für E-Zigaretten folgen. Die Konsumenten werden durch die Maßnahmen bei Tabak quasi „vorbereitet“. b) Plain Packs und Werbeverbote zementieren die bestehenden Marktverteilungen in allen Segmenten– zugunsten von PMI (PMI setzt auch bei der E-Zigarette auf die Bekanntheit von Marlboro. Analogie zu VW „Marlboro – die (E-)Zigarette). c) daran angelehnt ist mit einem weiter starken Marktauftritt der Konzerne zu rechnen, die ihre Marktanteile vor den nächsten Regulierungsschritten anheben wollen.

**Quelle:** [rfi.fr](http://rfi.fr) , [handelsblatt.com](http://handelsblatt.com)

**Datum:** 09.05.2016

**Meldung:** PMI berichtet von seinem Auftritt bei der Tagung ToxExpo/Jahrestreffen der Gesellschaft für Toxikologie (New Orleans, USA). Laut dem Unternehmen exponieren seine Heated Tobacco-Produkte 90% weniger Aldehyde und 98% weniger Kohlenmonoxid im Vergleich zu konventionellen Tabakzigaretten.

**Einordnung/Empfehlung:** PMI baut weiter an dieser Produktgruppe als Alternative zur Tabakzigarette. Während aktuell die E-Zigarette in den USA, Teilen Asiens und Europas reguliert und teilweise kontrovers diskutiert wird, ist dies bei Heated Tobacco nicht der Fall. Damit haben Hersteller wie PMI derzeit einen Vorteil, den sie langfristig wirtschaftlich nutzen können: a) positiveres Image, da keine/kaum Negativschlagzeilen, b) mögliche Vorteile im Preiskampf sollte eine gesonderte Steuerklasse für Heated Tobacco in der EU eingeführt werden (siehe Report Nr. 16), c) bislang keine Kritik durch Watchdogs wie das DKFZ.

Im Falle, dass das BfTG eine Konfrontation mit PMI und anderen Herstellern von Heated Tobacco wünscht, kann dieser Sachverhalt ggü. Watchdogs oder kritischen Journalisten oder Stakeholdern angesprochen werden. Wir empfehlen derzeit die Beobachtung des Issues und die Begleitung der laufenden Regulierungsprozesse im Sinne der E-Zigarette ohne Konfrontation – PMI nutzen Auseinandersetzungen bisher mehr als dessen Kontrahenten.

**Quelle:** [pmiscience.com](http://pmiscience.com) , [pmiscience.com](http://pmiscience.com)

### 3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
21./22.05.2016	Vape Fest	Flavourart Flagship Store Berlin	Berlin	<a href="http://dampfermagazin.de">dampfermagazin.de</a>
31.05.2016	Welt Nichtrauchertag (Schwerpunkt Plain Pack)	WHO	weltweit	<a href="http://who.int">who.int</a>
<b>01.06.2016</b>	<b>Gesundheitsausschuss, Ausschuss für Frauen und Jugend berät zum ÄndG TabakerzG</b>	<b>Bundesrat</b>	<b>Berlin</b>	<a href="http://bundesrat.de">bundesrat.de</a> , <a href="http://bundesrat.de">bundesrat.de</a>
01./02.06.2016	Justizministerkonferenz	Bundesrat	Nauen	<a href="http://mdjev.brandenburg.de">mdjev.brandenburg.de</a>
<b>02.06.2016</b>	<b>Wirtschaftsausschuss berät zum ÄndG TabakerzG</b>	<b>Bundesrat</b>	<b>Berlin</b>	<a href="http://bundesrat.de">bundesrat.de</a>
<b>30.05.oder 05.06.2016</b>	<b>u.a. Agrarausschuss berät zum ÄndG TabakerzG</b>	<b>Bundesrat</b>	<b>Berlin</b>	<a href="http://bundesrat.de">bundesrat.de</a>
08./09.06.2016	Wirtschaftsministerkonferenz	Bundesrat	Hamburg	<a href="http://wirtschaftsministerkonferenz.de">wirtschaftsministerkonferenz.de</a>
10./11.06.2016	Tag des deutschen Familienunternehmens	Stiftung Familienunternehmen	Berlin	<a href="http://familienunternehmen.de">familienunternehmen.de</a>
15.06.2016	Sommerfest des Handels	HDE	Berlin	<a href="http://einzelhandel.de">einzelhandel.de</a>
16.06.2016	Rat für Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz	-	Berlin	<a href="http://politcal.de">politcal.de</a>
<b>17.06.2016</b>	<b>Mögliche Befassung im Plenum</b>	<b>Bundesrat</b>	<b>Berlin</b>	<a href="http://bundesrat.de">bundesrat.de</a>
21.06.2016	Wirtschaftstag 2016	Wirtschaftsrat der CDU	Berlin	<a href="http://wirtschaftsrat.de">wirtschaftsrat.de</a>
22.06.2016	r2g-Sommerfest	Denkfabrik der SPD-Bundestagsfraktion	Berlin	<a href="http://spdfraktion.de">spdfraktion.de</a>

## Monitoringreport Nr. 21 (Kalenderwochen 19 und 20)

---

29./30.06.2016	Gesundheitsministerkonferenz	Bundesrat	Rostock-Warnemünde	<a href="http://gmkonline.de">gmkonline.de</a>
08.07. oder 15.07.2016	Mögliche erste Lesung im Plenum	Bundestag	Berlin	<a href="http://bundestag.de">bundestag.de</a>
05.09.2016	Politische Rentrée	Landesvertretung Baden-Württemberg	Berlin	<a href="http://baden-wuerttemberg.de">baden-wuerttemberg.de</a>
05.09.2016	Deutscher Mittelstandspreis 2016	Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU	Berlin	<a href="http://cducusu.de">cducusu.de</a>
18.09.2016	Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus	Land Berlin	Berlin	<a href="http://berlin.de">berlin.de</a>
19.09.2016	Mögliche Anhörung	Bundesministerien oder Bundestag	Berlin	-
20. oder 21.09.2016	Podiumsveranstaltung E-Zigaretten Regulierung, eingeladen u.a. MdB Kovac und Heldt, Dac Sprengel	E-Garage	Berlin	
21.09.2016	Mögliche Befassung in den Ausschüssen	Bundestag	Berlin	<a href="http://bundestag.de">bundestag.de</a>

**Hinweis:** Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.